

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 29. Oktober 2022 · Nr. 253 · 243. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.70

Wer zahlt die Zeche?

Seit der Finanzkrise haben sich zentrale Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft im Rausch des billigen Geldes aufgelöst. Die Inflation stellt jetzt die Frage, wer die Verlierer einer Ära der Übertreibungen sind. Von Eric Gujer

Sie nannten Donald Trump einen Clown und triumphten, als er abgewählt wurde. Sie nannten Boris Johnson einen Clown und triumphten, als er zurücktreten musste. Die Verteidiger der liberalen Demokratie badeten im schaumigen Gefühl, die Populisten geschlagen und geschwächt zu haben.

Wie man sich irren kann. Die Postfaschistin Giorgia Meloni hat ihren Traum wahr gemacht und ist seit einer Woche italienische Ministerpräsidentin. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten gehören faktisch der neuen Koalition in Stockholm an. Am bedenklichsten aber ist, dass die Regierung von Emmanuel Macron nur mithilfe eines Dekrets ihr Budget durch das mit rechten und linken Extremisten gespickte Parlament brachte. Solche Notmassnahmen destabilisieren auf Dauer jedes Regime – und das in der neben Deutschland zweiten Hegemonialmacht der EU.

Auch das seltsame Paar Johnson und Trump erlebt einen zweiten Frühling. Der eine erfährt bei den Tories eine Renaissance als Premierminister der Herzen. Im Vergleich zu den Zuständen in seiner Partei erscheint er fast als Ausbund an Berechenbarkeit. Der andere schwebt als Nemesis über der amerikanischen Politik; offen ist nur, ob er 2024 selbst antritt oder die Präsidentschaftskandidatur einer Person seiner Wahl überlässt.

Wie ein böser Spuk

Die Advokaten der liberalen Demokratie beginnen den Fehler, Ursache mit Wirkung zu verwechseln. Weder Trump und Johnson noch die bunte Truppe der sonstigen Populisten stellen das zentrale Problem dar. Sie sind nur ein Symptom. Die Herausforderung, welche die liberale Demokratie zwar nicht zerstört, aber doch erheblich strapaziert, ist die Legitimationskrise der Marktwirtschaft. Sie nahm ihren Ausgang mit dem Beinahe-Kollaps des Finanzsystems und dauert seither an.

Die Verwerfungen sind im Ursprung wirtschaftlicher Natur. Dabei bewiesen die Verantwortlichen eine erstaunliche technische Meisterschaft darin, die Maschinerie am Laufen zu halten trotz immer neuen Schocks – ob griechischer Bankrott, Pande-

mie oder Ukraine-Krieg. Schwieriger ist es, die politischen Folgen einzudämmen. Die liberale Demokratie erlebt eine anhaltende Krise der Verantwortung und des Vertrauens.

Im Jahr 2008 lernten wir alle einen Begriff aus dem sperrigen Slang der globalisierten Wirtschaft: «too big to fail». Wer als relevant für das Überleben des Systems eingestuft wird, muss vom Staat gerettet werden. Davon profitierten zunächst Finanzinstitutionen wie die UBS und die Commerzbank. Inzwischen gehören zum illustren Kreis der Unentbehrlichen auch Energiefirmen wie Uniper in Deutschland und Axpo in der Schweiz. Betrachteten allerdings früher Unternehmenschefs etwa bei der UBS die Inanspruchnahme von Staatshilfe noch als ultimatives Versagen und demissionierten, gelten Rettungsaktionen heute als so unvermeidlich wie Regen und Schnee.

Christoph Brand, der CEO der Axpo, macht keine Anstalten, zurückzutreten. Auch die Eigentümer des Unternehmens, einige Schweizer Kantone, schauen nur betreten auf ihre Fussspitzen und überlassen den Bail-out der Zentralregierung in Bern. Föderalismus ist offenkundig zur Schönwetterveranstaltung verkommen. Die Eigenverantwortung, Basis jeder Marktwirtschaft, erodiert. Ein schlechender Gewöhnungsprozess macht die Anomalie zwar nicht gerade zum Regelfall, aber eben auch nicht mehr zum Skandalon.

Wenn einige Auserwählte den Ritterschlag der Systemrelevanz erhalten, will die breite Masse nicht nachstehen. «Kein Unternehmen darf Gefahr laufen, durch das Raster überlebenswichtiger Unterstützung zu fallen.» Das sagt kein Gewerkschafter und kein Funktionär eines Sozialverbandes, sondern Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer des deutschen Verbands der Familienunternehmer. Früher gehörten Konkurse noch zum Kapitalismus. Heute verlangen selbst Unternehmer in strengem Ton nach Subventionen. Wer könnte es ihnen angesichts hoher Energiepreise verdenken? Schon in der Pandemie verteilten viele Industriestaaten so viel Geld, dass weniger Insolvenzen verzeichnet wurden als in normalen Jahren.

Mit jeder Krise, die der Kapitalismus auf diese Weise erledigt, schafft er sich ein bisschen mehr ab.

Wenn die Verantwortung schwindet, lässt auch das Vertrauen nach. Denn der Mensch neigt zu Neid und Missgunst, und so liegt die Vermutung nahe, dass andere vom Geldsegen profitieren, während man selbst zu wenig bekommt. Das Syndrom der vermeintlich Zukurzgekommenen ist eine der gefährlichsten Triebkräfte der Politik und eine der Quellen, aus denen der Populismus schöpft.

Im Zeitalter von ultralockerer Geldpolitik und Nothilfen, die sich nur noch in Billionen zählen lassen, muss man kein Verschwörungstheoretiker sein, um sich zu fragen, wer die Zeche für den gefühlten Irrsinn der letzten Jahre zahlt. Endet die hohe Inflation nicht im nächsten Jahr, wird die Mittelschicht entdecken, dass sie zu den Verlierern gehört. Die Sparer, die Vorsichtigen und die Leistungsträger sind dann die Dummen. Das weckt Abstiegsängste. Diese werden noch verstärkt durch das Gefühl, von anonymen Mächten regiert zu werden.

Wer soll verstehen, weshalb minderwertige Immobilien in den USA eine globale Finanzkrise auslösen. Wer hält nicht Negativzinsen und die ausgerechnet durch Krisen zu Höchstständen getriebenen Aktienmärkte für einen bösen Spuk. Sind hohe Staatsschulden Teufelszeug oder ein Segen, wie eine wachsende Schar von Ökonomen behauptet? Die Antworten sind so kompliziert, dass sie nur neue Ohnmachtsgefühle hervorrufen.

In der globalen und der europäischen Finanzkrise wuchs den Zentralbanken eine Bedeutung zu, die weit über ihr ursprüngliches Mandat der Geldwertstabilität hinausgeht. Sie wurden zum letzten Rettungsanker des Systems. Zugleich bezieht sich ihre unabhängige Sonderstellung nur auf das eng gefasste eigentliche Mandat.

Zurückhaltung und politisches Fingerspitzengefühl wären daher angesagt. Das Gegenteil geschieht. Die offensichtlich überforderte Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, will auch noch das Klima retten. Statt mit aller Kraft die Inflation zu bekämpfen, schielt sie überdies mit einem Auge auf die italienischen Staatsschulden. Lagarde wagt sich noch weiter vor in die verbotene Zone der Staatsfinanzierung.

Zwischen der Tragweite solcher Entscheidungen und ihrer demokratischen Legitimation klafft

eine im letzten Jahrzehnt grösser gewordene Lücke. Das gilt auch für Verfassungsrichter, deren Sachverstand nicht mit ihrer Urteilsfreude Schritt hält. So fühlt sich das deutsche Verfassungsgericht berufen, detaillierte Vorgaben zur Klimapolitik zu machen. Richter und Zentralbanker, die ganze Kaste staatlicher Funktionäre hat erheblich an Einfluss gewonnen. Sie agiert technisch virtuos, wurde aber nie in einer Volkswahl bestätigt. Auch dies gehört zu den zwiespältigen Erscheinungen dieser Epoche.

Not kennt kein Gebot

Die Usurpation von Kompetenzen passt allerdings in eine Zeit, in der sich staatliche Instanzen schlechterdings für alles zuständig fühlen. Der Refrain lautet: Not kennt kein Gebot, und oft dient er dazu, Kontrollmechanismen auszuhöhlen oder abzuschaffen. Dadurch nimmt die Demokratie Schaden, denn sie beruht auf Gewaltenteilung, klaren Zuständigkeiten und Vertrauen in die Spielregeln. Macht wird entgrenzt – nicht weil Minister, Zentralbanker oder Verfassungsrichter nach diktatorischen Vollmachten streben, sondern weil Parlamente und Medien für ihren Kontrollanspruch keinen präzise definierten Adressaten mehr finden.

Der Neoliberalismus trat mit dem Versprechen an, für weniger Staat und mehr Privatinitiative und damit für eine Zuweisung von Verantwortung zu sorgen. Er hat sich zu Tode gesiegt. Die Gegenkräfte haben längst die Oberhand gewonnen.

Nach dem 2008 nur knapp abgewendeten Zusammenbruch der Finanzwelt brüstete sich Joe Ackermann, die Deutsche Bank brauche keine Staatshilfe. Er ertete Hohn und Spott, als das Frankfurter Geldhaus später ins Trudeln geriet. Dabei hatte er recht. Er pochte auf die Verantwortung der Manager, ihre Unternehmen rechtzeitig krisenfest zu machen. Ackermann begriff nur nicht, dass er einer untergegangenen Welt angehörte. Die neue Zeit verlangt nach anderen Vorbildern: nach Politikern, die Rettungsschirme aufspannen; Managern, die willfährig drunterschlüpfen; und Staatsbürgern, die sich vor lauter Rettungspaketen in dankbare Almosenempfänger verwandeln.

Pipilotti Rist gestaltet die NZZ

Die Schweizer Künstlerin macht aus dieser Zeitung Tischsets

phi. · Pipilotti Rists Kunst verblüfft und verzaubert seit über dreissig Jahren. Ebenso bunt wie ihre raumgreifenden Videoinstallationen kommt die heutige NZZ daher. Die Künstlerin verwendet gerne Tischsets, wenn sie mit ihrer Familie und ihren Freunden tafelt, wie sie im Interview sagt. Nun hat sie einzelne Seiten dieser Zeitungs Ausgabe künstlerisch so gestaltet, dass sie nach der Lektüre ein Zweitleben führen können: auf dem Tisch als Unterlage für den Teller. Damit bringt die selbsterklärte Wiederverwendungsfetischistin ihr Bedürfnis nach Recycling zum Ausdruck.

Farbe und Form der Verzierungen, mit welchen Pipilotti Rist verschiedene Zeitungsseiten einrahmt, sind sorgfältig

auf das Layout abgestimmt: Manchmal überlagert eine Farbspur eine Abbildung, was zu überraschenden Kontrasten führt. Manchmal überdecken bunte Krügel einen ganzen Artikel. Keine Seite gleicht der anderen. Und stets bleibt das Gedruckte gut lesbar. Eine Zeitung sei etwas sehr Hygienisches, sagt Pipilotti Rist. Das weiss die Künstlerin von ihrem Vater, einem Hausarzt, der bei Spontangeburten das Neugeborene im Notfall auch auf Zeitungspapier gelegt haben soll, wie sie im Interview mit dieser Zeitung erzählt. Aber eben: Auf Zeitungspapier kann man auch essen. Mit der heutigen Ausgabe kann die NZZ-Leserschaft nun eine Tafelrunde gestalten.

Feuilleton, Seite 42, 43, 45

«Wir wissen wenig über Rechtsextremismus»

Der Historiker Damir Skenderovic kritisiert die Behörden

mvl. · Die Störaktion einer Gruppe Neonazis in Zürich wirft ein Schlaglicht auf die hiesige rechtsextreme Szene, die sich auf neue Art und Weise zu inszenieren versucht. Die Neonazis störten im Zürcher Tanzhaus eine Dragqueen-Vorlesestunde für Kinder, zündeten Fackeln an und skandierten Parolen. Sie filmten die Aktion und verbreiteten sie im Internet, wobei zwei der Neonazis in dem Video unvermummt auftraten.

Für den Historiker Damir Skenderovic sind solche Störaktionen typisch für rechtsextreme Gruppen, die mit minimalen Mitteln maximale Aufmerksamkeit suchten. Nach einem Grossaufmarsch auf dem Rütli 2005 habe sich die Szene lange zurückgehalten. Doch nun suche

sie wieder Aufmerksamkeit. Die Videos seien effekthascherisch gemacht und sollten nicht nur provozieren, sondern auch Faszination bei jungen Leuten wecken.

Die Grösse der rechtsextremen Gruppen ist laut Skenderovic, der in Freiburg unter anderem über die radikale Rechte forscht, meist überschaubar. Doch im Internetzeitalter sei es fast wichtiger, wie viele Menschen sie mit ihren Inhalten erreichten. Ob die Bewegung auf dem Vormarsch sei, sei schwierig zu beurteilen. Skenderovic sagt im Interview mit der NZZ: «Wir wissen zu wenig über Rechtsextremismus in der Schweiz.» Vor allem die Behörden hätten kaum eine Ahnung davon, was in diesem Bereich laufe.

Zürich und Region, Seite 17

WOCHENENDE

Der rasante Abstieg der Credit Suisse

Die CS galt lange als die Schweizer Vorzeigebank. Jetzt ist sie ein Sanierungsfall. Wie konnte es so weit kommen? Und wer trägt dafür die Verantwortung? Seite 50–53

«In der Schweiz vergisst man die Rechtsextremen gerne»

Neonazis marschieren in Zürich auf. Online gebärden sie sich wie Influencer. Warum überrascht uns das? Der Historiker Damir Skenderovic sagt im Gespräch mit Giorgio Scherrer: Das Wegschauen hat System

Herr Skenderovic, eine Gruppe Neonazis stört in Zürich eine Dragqueen-Vorlesestunde für Kinder, zündet Fackeln an und skandiert Parolen. Überrascht Sie das? Nein. Denn einerseits hat die Gruppe dahinter – die «Junge Tat» – schon diverse ähnliche Aktionen durchgeführt und ist auch in den sozialen Netzwerken sehr aktiv. Und andererseits sind solche inszenierten Störaktionen typisch für rechtsextreme Gruppen: Man will mit den kleinsten Mitteln die grösstmögliche Aufmerksamkeit erhalten.

Die Gruppe stellte am Wochenende ja auch ein professionell geschnittenes Video der Aktion in die sozialen Netzwerke, mitsamt Bildeffekten und dramatischer Musik. Es ist kein neues Phänomen, dass die rechtsextreme Szene ihre Taten offensiv zur Schau stellt. Man geht hinaus, sucht die Öffentlichkeit, gerade auch in den sozialen Netzwerken. Bereits 2005 sorgte ja der Aufmarsch von 700 Skinheads auf dem Rütli für grosses Entsetzen und heftige öffentliche Reaktionen. Danach hielt sich die Szene lange zurück, wollte kein öffentliches Aufsehen erregen. Jetzt ist sie wieder da und sucht Aufmerksamkeit.

Es entsteht also eine Art Influencer-Rechtsextremismus?

Ja, es ist eine neue Art von Propaganda. Schauen Sie sich die Videos von rechtsextremen Gruppierungen an: Die sind effekthascherisch gemacht, mit Drohnenbildern und Animationen. Das soll nicht nur provozieren, sondern auch Faszination für diese Gruppen auslösen. Gerade bei den Jungen, für die der Zweite Weltkrieg weit weg ist. Das ist brandgefährlich.

Zwei Mitglieder der «Jungen Tat» standen gar mit Namen und Gesicht vor die Kamera. Ist das ein Tabubruch?

Es gab in der Schweiz immer wieder Rechtsextreme, die offen zu ihrem Gedankengut standen – und dafür kaum gravierende Konsequenzen zu fürchten hatten. 1989 nahm etwa Marcel Strebel – ein gewaltbereiter Rechtsextremer – am «Zischigsclub» im Schweizer Fernsehen teil und verbreitete dort vehement rassistische Ideen. Das sieht man heute wieder bei der «Jungen Tat»: Sie scheuen sich nicht, ohne Maske in aller Öffentlichkeit ihre Ideen zu propagieren. Dass sie sich das getrauen, sagt auch viel aus über den Umgang der Schweiz mit Rechtsextremismus.

Inwiefern?

Wenn es nicht gerade zu krassen Gewalttaten kam, gab es seitens der Behörden selten ein starkes und repressives Vorgehen gegen solche Gruppen. Und auch medial oder in der Forschung wurden sie stets wenig beachtet. Die Schweiz – das kann man insgesamt sagen – ging in ihrer Geschichte meist zurückhaltend mit dem Rechtsextremismus um. Das Problem wurde immer wieder ignoriert.

Und doch ist laut einer ZHAW-Studie von 2017 jeder zwanzigste Jugendliche rechtsextrem eingestellt.

Eine frühere Studie von 2007 – die bisher umfassendste – ergab ähnliche Resultate. Unter Jugendlichen sympathisierte damals jeder Zehnte mit rechtsextremen Gruppen. Deshalb warne ich davor, diese Gruppen zu verharmlosen. Ihre Grösse ist zwar meist überschaubar. Doch gerade im Internetzeitalter ist es fast wichtiger, wie viele Menschen sie mit ihren Inhalten erreichen können – und wie viele ähnlich denken wie sie.

Wir denken bei Neonazis immer noch eher an rasierte Köpfe und Springerstiefel – und weniger an junge Männer mit gegeltem Haar und YouTube-Kanal.

Die rechtsextreme Szene hat sich weg bewegt von den Schlägereien und dem rabiaten Auftreten der Skinheads. Dieser Wandel hat bei vielen – auch bei den Behörden – zum Eindruck geführt, dass diese



Damir Skenderovic, Historiker an der Universität Freiburg, ist spezialisiert auf die Geschichte der Migration und des Rechtsextremismus.

MAURICE HAAS / 13PHOTO

Gruppen auch weniger gefährlich geworden sind. Doch ihr Gedankengut ist noch immer dasselbe. Es handelt sich um Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und die Leugnung historischer Verbrechen. Und diese Ideen schüren Gewalt, auch wenn die Gruppen das öffentlich nicht mehr so ins Zentrum stellen.

Laut dem Nachrichtendienst des Bundes hat der Wille zur Auseinandersetzung bei Rechtsextremisten zugenommen. Weshalb fühlen sie sich grad jetzt berufen, ihre Ideen stärker an die Öffentlichkeit zu tragen?

Weil sie glauben, dass sie vermehrt auf Resonanz stossen werden. Der politische Kontext hat sich in den letzten Jahren verändert. Gewisse Ideen, die den Rechtsextremen wichtig sind, werden auch durch etablierte Parteien und Medien diskutiert. Sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Judenhass und Waffenbesitz

Im Umfeld der rechtsextremen «Jungen Tat» kam es bereits mehrfach zu Festnahmen, Verurteilungen und der Konfiskation von Schusswaffen. Etwa Anfang 2021, nachdem an einer Hochschule eine Vorlesung mit antisemitischen Parolen gestört worden war und sich bei der Online-Veranstaltung einer jüdischen Gruppierung Ähnliches ereignet hatte.

Führungsmitglieder der «Jungen Tat» wurden danach festgenommen und wegen Rassendiskriminierung und Verstoß gegen das Waffengesetz verurteilt. Laut dem Strafbefehl schürten die Verurteilten Hass gegen Juden und dunkelhäutige Menschen. Wegen der Störung eines Gottesdienstes im Rahmen der Pride diesen Juni hat die Staatsanwaltschaft ebenfalls ein Verfahren eröffnet.

«Dass die «Junge Tat» sich getraut, in aller Öffentlichkeit ihre Ideen zu propagieren, sagt auch viel aus über den Umgang der Schweiz mit Rechtsextremismus.»

Nach der neusten Störaktion beim Zürcher Tanzhaus hat die Kantonspolizei Ermittlungen aufgenommen. In Zürich haben alle Parteien ausser der SVP die Tat in einer gemeinsamen Erklärung scharf verurteilt. Die SVP verurteilte zwar pauschal jegliche Gewalt, übernahm daraufhin jedoch eine zentrale Forderung der «Jungen Tat»: die Abschaffung der Dragqueen-Vorlesestunde im Tanzhaus.

Die «Junge Tat» ist laut Kennern der Szene mit Neonazis im In- und Ausland verbandelt. Ihr Symbol ist die Tyr-Rune, die unter Nazi-Offizieren als Treuezeichen getragen wurde. Ihre Vorläuferorganisation ist die Winterthurer Eisenjugend, die in ihren Wortmeldungen Adolf Hitler pries und Rassentheorien verbreitete.

Zum Beispiel?

Nehmen wir das Thema Gender. Wortmeldungen und Kampagnen gegen die Änderung der Geschlechtsidentität oder gegen Gender-Studies haben sich in den letzten Jahren vermehrt. Queere Menschen und Transmenschen werden zum Teil heftig angefeindet. Das erlaubt es den Rechtsextremen, dort aufzuspringen und zu verkünden: «Wir sagen ja nur etwas, das andere auch sagen.»

Die Gruppe in Zürich unterbrach eine Veranstaltung, die von Dragqueens durchgeführt wurde. Auf ihrem Plakat stand «Familie statt Gender-Ideologie». In ihrem Online-Video bemühte die «Junge Tat» dann homophobe Stereotype.

Sie hoffen, dass die Diskussion ins Extreme kippt und ihre diskriminierenden Ideen auf breiten Widerhall stossen. Dass Leute, die ihre Kritik an der angeblichen «Gender-Ideologie» teilen, auch ihre Anfeindungen von queeren Menschen übernehmen.

Und weshalb versuchen die Neonazis ungerechnet das Gender-Thema zu kapern?

Es gab immer gewisse konservative Werte bei den Rechtsextremen: die Familie als Basis der Gesellschaft, eine natürliche Hierarchie und Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Neu ist, dass sie sozusagen auf den Gender-Zug aufspringen – und so versuchen, ihre Gruppierungen mitsamt ihrem restlichen Gedankengut zu normalisieren.

Was macht denn im Kern die rechtsextreme Ideologie aus?

Zentral ist die Vorstellung einer natürlichen und biologisch vorgegebenen Ordnung der Gesellschaft. Die Rollen – etwa der Männer und Frauen – sind naturbedingt und damit klar und fix. Und die einen Menschen gelten als wertvoller als die anderen. Historisch äusserte sich das in der Nachkriegszeit vor allem in Judenhass, später aber auch in rassistisch motivierten Angriffen auf Migrierende und Forderungen nach einer restriktiven Asylpolitik.

Die Schweiz war ja nie Teil von Nazi-Deutschland. Wie ist die rechtsextreme Szene hier überhaupt entstanden?

Von 1945 bis in die 1980er Jahre gab es eine lange klandestine Phase. Im Untergrund organisierte sich weltweit die sogenannte braune Internationale. Das war ein Netzwerk aus Einzelpersonen – oft auch ehemalige Nazis –, die Bücher schrieben, Zeitschriften herausgaben. Und einige von ihnen waren eben auch Schweizer.

Zum Beispiel?

Eine wichtige Figur war der Lausanner Gaston-Armand Amaudruz. Er gab eine der ersten Schriften überhaupt heraus, die den Holocaust leugneten. Und er verfügte über ein breites Netzwerk in ganz Europa.

In der Öffentlichkeit sichtbar wurden die Schweizer Neonazis aber erst wieder in den 1980er Jahren.

Dann erneuerte und verjüngte sich die Bewegung. Vorher waren da vor allem alte Männer, jetzt kamen, inspiriert von englischen Vorbildern, die Skinheads dazu. Und auch andere Junge wurden – vor allem über die rechte Musikszene – Teil der Bewegung. Es gab vermehrt Demonstrationen, öffentliche Auftritte und Gewalttaten. Man spricht vom «kleinen Frontenfrühling»...

... in Anlehnung an die Frontenbewegung in der Zwischenkriegszeit, die die Schweiz nach faschistischem Vorbild umbauen wollte.

Genau. Wie damals, jedoch in kleinerem Ausmass, bildeten sich vor allem in der Deutschschweiz rechtsextreme Gruppen. Sie übten Brandanschläge auf Asylheime aus, griffen Asylsuchende tätlich an und marschierten in Ku-Klux-Klan-Gewändern auf. Bei einem Anschlag in Chur

wurden 1989 zum Beispiel vier wehrlose Tamilen getötet, zwei von ihnen waren Kinder. In dieser Zeit gab es im Verhältnis zur Bevölkerung mehr von Rechtsextremen verübte Morde als in Deutschland, wo die rechtsextreme Szene ebenfalls im Aufwind war.

Und was wurde dagegen getan?

Erst war die Politik ratlos. Es zeigte sich auch, dass die Sicherheitsbehörden jahrzehntelang auf dem rechten Auge weitgehend blind gewesen waren. Dann kam 1994 das Antirassismogesetz zustande – gegen den Widerstand der Rechtsextremen, die im Abstimmungskampf sehr aktiv waren. Sonst musste die Schweiz sich damals jedoch eingestehen: Wir haben keine Ahnung, was im Bereich Rechtsextremismus läuft.

Wissen wir denn heute mehr?

Ehrlich gesagt: nicht viel. Viele Informationen über die Rechtsextremen haben nicht die Behörden, sondern die Aktivist:innen der Antifa – der politische Gegner also.

Sie kritisieren schon lange, dass die Schweiz sich zu wenig mit dem Rechtsextremismus und seiner Geschichte befasst.

Das Selbstbild der Schweiz ist stark von der Vorstellung eines Sonderfalls geprägt. Wir denken: «Während des Zweiten Weltkriegs hat das Land dem Faschismus standgehalten. Das demokratische Fundament ist stärker als das der anderen. Darum können Rechtsextreme bei uns gar keinen Erfolg haben.» Ein Beispiel von 1975: Damals wurden gleich drei Männer in den Nationalrat gewählt, die in den 1930er Jahren der faschistischen Frontenbewegung angehört hatten – und keiner sprach darüber. Stattdessen hiess es stets: Rechtsextremismus – das ist in Deutschland oder Österreich ein Problem, aber sicher nicht bei uns!

Es gab doch auch immer wieder grosse öffentliche Empörung über rechtsextreme Gewalttaten – gerade nach den Morden und Brandanschlägen der 1990er Jahre.

Es herrscht eine Art Amnesie: Man regt sich kurzzeitig auf – und dann vergisst man die Rechtsextremen und ihre Taten wieder. Es besteht auch keine Erinnerungskultur, die solche Ereignisse nachhaltig ins kollektive Gedächtnis ruft. In Deutschland gedenkt man der Opfer rechtsextremer Gewaltakte aus den 1990er Jahren noch heute. In der Schweiz haben vom «kleinen Frontenfrühling» die wenigsten je gehört.

Zumindest die Szene scheint gegenwärtig ja zu denken, dass ihre Themen mit etwas mehr Publizität auf fruchtbaren Boden stossen werden.

Die Corona-Pandemie war hier sehr wichtig. Die Rechtsextremen waren von Anfang an bei den Corona-Skeptiker-Demos dabei und haben diese für ihre Mobilisierung genutzt – bis sie sich schliesslich gar an die Spitze eines Demonstrationszuges in Bern setzen konnten. Dass das möglich war und dass man sie gewähren liess, hat die Szene zweifellos bestärkt. Das war ja auch in vielen anderen Ländern so – denken Sie etwa an die USA mit den Anhängern der QAnon-Verschwörung. Ich frage immer wieder: Warum sollte das in der Schweiz so anders sein?

Die Schweizer Rechtsextremen bestehen aus sehr kleinen Splittergruppen. Ihr Ziel ist Aufmerksamkeit – dass man über sie spricht. Sollte man sie einfach ignorieren? Einerseits ist das schwierig, weil diese Leute genau wissen, wie sie Aufsehen erregen können. Das hat gerade die Aktion beim Tanzhaus in Zürich wieder gezeigt. Andererseits sind die Ideen dieser Gruppen schlicht menschenverachtend. Und was passiert, wenn man solche Ideen zu lange ignoriert – das wissen wir aus der Geschichte leider nur zu gut.